

DAS LINKE WAHL-ABC

Wahlprogramm DIE LINKE. Pankow
zur Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Stand: 18. Dezember 2020



Antifaschismus	1
Armutsbekämpfung.....	2
Bildung.....	3
Blankenburger Süden	4
Bürger*innenbeteiligung.....	5
Digitalisierung.....	6
Familie	7
Fußverkehr	8
Gedenken	9
Gesundheit	10
Gleichstellung.....	11
Grünflächen.....	12
Gute Arbeit.....	13
Inklusion	14
Jobcenter.....	15
Jugend	16
Kita.....	17
Kleingärten	18
Klimagerechtigkeit.....	19
Kunstszene	20
LSBTIQ*.....	21
Mieter*innen-Schutz.....	22
Mobilität.....	23
Öffentlicher Raum	24
ÖPNV	25
Radverkehr	26
Schule	27
Senior*innen	28
Spielstadt.....	29
Sport	30
Stadtentwicklung.....	31
Stadtklima.....	32
Stadtleben	33

Umweltschutz.....	34
Verdichtung.....	35
Verwaltung.....	36
Vielfalt.....	37
Wohnungslosigkeit.....	38

Antifaschismus

DIE LINKE. Pankow steht für einen offenen, toleranten Bezirk. Wir wollen ein **buntes Pankow**. Mit der LINKEN wird es keine Zusammenarbeit, keine Tolerierung, keine Koalitionen, keine Sachbündnisse oder gemeinsame Projekte mit Rechtsradikalen, Neofaschisten oder Rechtspopulisten geben. DIE LINKE. Pankow stellt sich allen diskriminierenden, menschenverachtenden, **antifeministischen, homo- und queerfeindlichen**, rassistischen, rechtsradikalen, antisemitischen, antimuslimischen und religiös intoleranten Erscheinungen konsequent entgegen.

Dazu gehört, sich im Umgang mit Nazis und Rechtspopulisten sowohl im Alltag als auch in den Parlamenten klar zu positionieren. Konstruktive Debatten werden von ihnen blockiert und durch diskriminierendes Auftreten unterlaufen. Nazis und Rechtspopulisten wollen die Demokratie nicht schützen, sie wollen sie zerstören. Der Umstand, dass Rechte auch in unsere Parlamente gewählt wurden, macht sie noch lange nicht demokratisch. Auf Spaltung und Hetze folgen Taten. Konsequenter Antifaschismus ist daher für DIE LINKE eine der zentralen Säulen der Demokratie. Gemeinsam und solidarisch werden wir uns weiterhin über Parteigrenzen hinweg in demokratischen Bündnissen gegen rechten Populismus und rechte Gewalt stellen.

DIE LINKE hat das Bündnis »Wir sind Pankow – tolerant und weltoffen«, »Pankower Frauen* gegen Rechts«, Initiativen im Rahmen von »Schule ohne Rassismus« und die Arbeit des mobilen Beratungsteams gegen Rechts begleitet und wird sie auch in Zukunft aktiv unterstützen. Das gilt ebenfalls für das »Pankower Register«, das rassistische, antisemitische, homo- und queerfeindliche oder rechtsextrem motivierte Übergriffe, Vorfälle und Propaganda dokumentiert. Wir unterstützen lokale Initiativen, die sich konkret mit der Geschichte des Faschismus in der unmittelbaren Nachbarschaft auseinandersetzen. Populismus und Verschwörungserzählungen kann nur durch Aufklärung begegnet werden. Projekte und Initiativen gegen Rechts brauchen Kontinuität. DIE LINKE. Pankow wird sich auch zukünftig dafür einsetzen, die notwendigen finanziellen Mittel für eine Weiterführung und Verstetigung der kommunalen und selbstorganisierten Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus in Vereinen und Initiativen, in Schulen und in **Jugend-, Sport- und Familieneinrichtungen** zu schaffen.

Eine gelebte **Gedenkkultur** ist für DIE LINKE fester Bestandteil einer solchen antifaschistischen und demokratischen **Bildungsarbeit**. Die Gedenkveranstaltungen anlässlich des Novemberpogroms, der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, des Tags der Befreiung und die Erinnerung an Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand müssen weiterhin von einem breiten Spektrum von Parteien und Organisationen getragen werden. Wir lassen eine Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus durch rechte Akteure nicht zu und stellen uns entschieden auf die Seite der Hinterbliebenen und Angehörigen.

Armutsbekämpfung

Armut bedeutet Mangel an Alltäglichem und Selbstverständlichem. Meist kein ausreichender Wohnraum, kein Kinobesuch oder Kindergeburtstag. Aufgrund **steigender Mieten** werden viele aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt. Betroffene haben zu vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens keinen Zugang, sie können sich in diesem Leben nicht aktiv oder nur schwer einbringen. Armut verhindert Teilhabe und freie Entfaltung.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in der vergangenen Wahlperiode eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut auf den Weg gebracht, insbesondere bei der Kinderarmut. Dazu gehört ein kostenfreies Mittagessen an den Grund**schulen**, kostenfreie Nutzung des **ÖPNV** für alle Schüler*innen und die Bereitstellung von Laptops, damit Kinder, deren Eltern weniger Geld zur Verfügung haben, auch digital lernen können. Aber das ist noch lange nicht ausreichend.

Auch in Pankow gibt es Menschen, die Sozialleistungen beziehen und von Armut betroffen sind. Dazu gehören diejenigen, die trotz Erwerbsarbeit zum **Jobcenter** gehen müssen. Insbesondere in Folge der COVID-19-Pandemie ist die Anzahl der erwerbssuchenden Menschen deutlich angestiegen. Viele von ihnen arbeiten im Dienstleistungssektor, sie bekommen die Auswirkungen der Pandemie besonders schmerzhaft zu spüren. Betroffen sind auch viele Alleinerziehende und **Familien** mit Kindern. Mit Sorge beobachten wir auch die bedrohliche Zunahme von Altersarmut. Diese trifft insbesondere **Frauen**.

DIE LINKE. Pankow fordert einen regelmäßigen Armutsbericht für den Bezirk. In dessen Rahmen müssen auch die bestehenden Angebote kontinuierlich überprüft und notwendige Anpassungen vorgenommen werden.

DIE LINKE. Pankow kämpft dafür, dass es in unserem Bezirk auch künftig ein Netzwerk an bedarfsgerechten Beratungs- und Hilfsangeboten gibt:

- Wir wollen durch eine dauerhaft ausreichende Finanzierung die Schuldner- und Insolvenzberatung erhalten.
- Wir unterstützen den Erhalt und Ausbau der Angebote der **Wohnungslosen-** und Kältehilfe. Dabei werden mehr geschützte Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen und Kindern benötigt.
- Zudem muss der Bezirk die Finanzierung der Tagesstätte des Sozialprojektes der Immanuel Beratung Prenzlauer Berg dauerhaft sichern.
- Darüber hinaus unterstützen wir Hilfs- und Beratungsangebote, wie bspw. die Suppenküche des Franziskanerklosters Pankow und das „Café Treffpunkt“ der Heilsarmee im Prenzlauer Berg für Menschen in Notlagen. Neben der Essensversorgung sind das auch Orte, in denen die Menschen die notwendigen sozialen Kontakte knüpfen können.
- DIE LINKE. Pankow fordert eine zügige Bearbeitung der Anträge für Leistungen der **Bildung** und Teilhabe für alle Kinder und **Jugendlichen** ebenso wie die konsequente Umsetzung des Jugendförder- und **Beteiligungsgesetzes**.

Bildung

Lerninhalte umfassen heutzutage mehr als die Grundfertigkeiten in einzelnen Disziplinen, Bildung zeichnet sich durch eine Vielfalt an Kompetenzen aus. Damit deren Vermittlung gelingen kann, muss sich die Institution **Schule** stärker in die **Kieze** integrieren und sozialräumlich öffnen. DIE LINKE. Pankow fordert: Schule soll ein offener Raum der Gesellschaft sein und in den Kiez wirken!

Darüber hinaus bedarf es einer besseren Zusammenarbeit bis hin zu verbindlichen Kooperationen zwischen Schulen, ergänzenden Angeboten (z. B. Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) und außerschulischen Lernorten. So gelingen Medien-, **Umwelt**-, Demokratiebildung und Berufsorientierung. Als erfolgreiche Beispiele für den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf sind hier „Komm auf Tour“, Ausbildungspreis Pankow und die Ausbildungsmesse zu nennen.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass die **Digitalisierung** der Schulen vorangetrieben wird und die Mittel des Digitalpaktes schnell und zielgerichtet eingesetzt werden. Ziel des Digitalpaktes sollte es sein, alle Schulen auf einem hohen Niveau auszustatten.

Kinder und **Jugendliche** sollen den ganzen Tag selbstbestimmt lernen können. Dazu bedarf es verlässlicher, vielfältiger und altersentsprechend interessanter Ganztagsangebote und das auch in den Ferien. Für DIE LINKE. Pankow ist der Erhalt und Ausbau dieser Angebote auch in den Gymnasien eine zentrale Forderung. Hier gilt es, die Institutionen in öffentlicher Trägerschaft zu stärken.

Damit eine Teilhabe der Kinder gewährleistet werden kann, bedarf es sicherer **Wege** zur Schule und in der Freizeit. Dafür setzt sich DIE LINKE. Pankow konsequent ein.

Blankenburger Süden

Mit dem Blankenburger Süden haben wir eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Berlins in unserem Bezirk. Damit verbindet sich in den nächsten Jahrzehnten die Bewältigung großer Herausforderungen. Zentral für das Verständnis von DIE LINKE. Pankow von Stadtplanung ist, beim Wohnungsbauvorhaben Blankenburger Süden die Themen soziale Gerechtigkeit, **Klimaanpassung**, urbane **Mobilität** und **Umweltschutz** in den Fokus zu rücken.

Wir brauchen Wohnraum, der für verschiedenste Lebenssituationen zur Verfügung steht. Zudem muss dieser Wohnraum bezahlbar sein. Für DIE LINKE. Pankow muss eine soziale und **grüne Infrastruktur** nicht nur die Bedarfe zukünftiger Bewohner*innen decken, sondern auch bestehende Defizite in den umliegenden Stadtquartieren mit ausgleichen.

DIE LINKE. Pankow will ein durchmischtes Wohngebiet, das sich behutsam mit der umliegenden Stadt verzahnt, das seinen eigenen Energiebedarf deckt und über den **Umweltverbund** sich selbst erschließt und mit der Stadt verbindet. Ein Gebiet, das sich zur Natur öffnet und der Belüftung anderer Ortsteile nicht im Wege steht.

Dabei müssen wir flächensparend umsetzen, was im Einklang mit der unmittelbaren Umgebung möglich ist, ohne im Wettlauf um die Zahl der zu bauenden Wohnungen die Anforderungen an eine nachhaltige **Stadtentwicklung** und **lebenswerte Quartiere** aus den Augen zu verlieren. Für DIE LINKE. Pankow ist dabei von besonderer Bedeutung, die aktuelle verkehrliche Erschließung nachhaltig zu verbessern. Hierfür ist durch Senat und Bezirk ein schlüssiges Konzept für die zu entwickelnden Verkehrslösungen im Nordosten von Berlin vorzulegen. Erst dann kann eine passende städtebauliche Lösung entwickelt werden.

DIE LINKE. Pankow bleibt dabei: Umliegende Erholungs- und Kleingartenanlagen sind keine Baupotenziale! Die Vernichtung von **Kleingärten** und den dazu gehörenden Flächen muss gestoppt werden!

Bürger*innenbeteiligung

Mieter*inneninitiativen, Frauenprojekte, antirassistische Arbeit, Unterstützungskreise für Geflüchtete, Ehrenamtliche in Kleingärten und Kiezvereinen, bei der Feuerwehr, in Sport-, Bildungs- und Kulturvereinen, selbstorganisierte Aktivitäten von Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen, Elternarbeit in der Schule und vieles mehr machen das gesellschaftliche Leben in Pankow aus. Mit ihrem Einsatz für das Gemeinwohl halten ehrenamtlich Engagierte unsere Gesellschaft zusammen.

Gelebte Demokratie ist mehr als ein formales Regelwerk. Sie muss täglich neu von den Bürger*innen unseres Bezirkes errungen werden. DIE LINKE. Pankow erachtet es als notwendig, für alle Bewohner*innen Pankows den Zugang zur lokalen Politik zu erleichtern. Wir unterstützen den Prozess der Erarbeitung von bezirklichen »Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung in Pankow« und begrüßen die Einrichtung eines Büros für Bürger*innenbeteiligung im Bezirksamt Pankow. Hier soll das Zusammenwirken des Bezirksamtes mit den lokalen Akteur*innen koordiniert werden.

Ein wichtiger Baustein zur Unterstützung von Bürger*innenbeteiligung und ehrenamtlichen Engagement ist die bezirkliche Freiwilligenagentur, das Ehrenamtsbüro in Weißensee. Die dort geleistete Arbeit für die zahlreich engagierten Vereine, Projekte und Initiativen muss verstetigt werden. Dazu gehört, verbindlich mit den Anliegen von Bürger*innen umzugehen, eine einfache sowie unmittelbare Erreichbarkeit der richtigen Ansprechpartner*innen zu gewährleisten und zeitnahe Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wir fordern eine weitere Stärkung der bezirklichen Beiräte als Bindeglied zwischen Bürgerschaft und öffentlicher Verwaltung. Auch die Aktivierung der Bürgerschaft in den Kiezen durch Ortsteilkonferenzen betrachten wir als richtigen Weg, damit das Bezirksamt Pankow zu einem starken Partner des ehrenamtlichen Engagements wird. DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass den Ehrenamtlichen und den zivilgesellschaftlich Aktiven die Ressourcen zur Verfügung stehen, die sie für ihre Arbeit benötigen.

Wir wollen, dass alle Pankower*innen in einem transparenten Verfahren an der Verwendung der Haushaltsmittel im Bezirksetat mitwirken können. Deshalb beginnt 2021 ein Verfahren, bei dem auch ohne Vorkenntnisse der Haushaltssystematik jederzeit Vorschläge eingereicht werden können. Diese Vorschläge werden vom Bezirksamt evaluiert und den Fachausschüssen der BVV zur Entscheidung übergeben. So wird direkt mitbestimmt, wie die laufenden Etats verwendet und neue Haushalte gestaltet werden.

Damit Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, sich mehr als bisher in alle Belange des Bezirkes einzubringen und sie aktiv mitzugestalten, fordert DIE LINKE. Pankow die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments.

Digitalisierung

Digitalisierung ist ein das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringender und verändernder Prozess. Ein immer größer werdender Teil der Zeit sowohl im Privaten als auch im Beruf wird inzwischen online verbracht (Social Media, digitale Konferenzen, Streamingdienste, etc.). Spätestens durch die COVID-19-Pandemie wurde auch im Bezirk Pankow sichtbar, dass in den vergangenen Jahr(zehnt)en zu wenig erreicht wurde, um eine leistungsstarke, stabile Infrastruktur und verlässliche digitale Angebote der Öffentlichen Hand zu schaffen.

Unter dem Schlagwort „Smart City“ bietet Digitalisierung die Vision einer Stadtgesellschaft, die **partizipativer**, von unten organisiert, offener, **inklusiver**, **grüner** und sozialer ist. Das ist das Leitbild unserer Digitalstrategie.

Digitalisierung ist derzeit mehr schwierige Aufgabe denn gut funktionierende Methode. DIE LINKE. Pankow meint, dass die Digitalisierung allen Menschen mehr Chancen im Rahmen von bürgernahen Serviceleistungen und bei der gesellschaftlichen Teilhabe bieten sollte. Es besteht aber auch die Gefahr, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft wird.

Wir haben dafür gesorgt und werden weiter darauf drängen, dass die digitalen Angebote der Pankower **Verwaltung** (Ordnungsamts-App, Terminvergabe, Antragsmanagement) weiterentwickelt und verbessert werden. Sie sollen für die Pankower*innen eine echte Erleichterung des Zugangs zu den Dienstleistungen der Verwaltung sein und auch die Mitwirkung an Beteiligungsprozessen verbessern.

Auch in der Verwaltung selbst müssen die digitalen Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden. Das betrifft die bislang unzureichende Ausstattung von Heim- und Fernarbeitsplätzen, auch um die Arbeitsfähigkeit in Krisenzeiten zu sichern, aber auch, um den Bezirk als **familienfreundlichen** Arbeitgeber besser aufzustellen.

Besonders misslich ist bekanntlich die Lage bei der digitalen Ausstattung an den **Schulen**. Gemeinsam mit den Lehrer*innen und den Vertreter*innen von Schüler*innen und Eltern drängen wir darauf, dass der Bezirk Pankow als Schulträger in enger Zusammenarbeit und mit finanzieller und personeller Unterstützung durch die zuständige Senatsverwaltung schnell Verbesserungen vornehmen kann.

Für alle Kreise der Bevölkerung, besonders aber für die speziellen Bedarfe von Kindern und **Jugendlichen** sowie **Senior*innen**, wollen wir die Angebote zur Stärkung von Medienkompetenz, der Fähigkeiten bei der Nutzung von digitalen Leistungen und der mündigen Teilhabe an unserer von Digitalisierung geprägten Gesellschaft ausbauen. Zugleich wollen wir nicht diejenigen, denen die Nutzung digitaler Angebote nicht möglich ist, von Leistungen ausschließen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss inklusiv sein, und dazu gehört auch, dass der Zugang allen Bürger*innen offenstehen muss und er nicht ausschließlich digital sein darf.

Familie

Pankow ist nach wie vor ein attraktiver Bezirk für Familien in all ihrer **Vielfalt**. Die höchste Anzahl von Kindern und **Jugendlichen** unter 18 Jahren im Berliner Vergleich (ca. 73.000) spricht eine eindeutige Sprache. Ziel von DIE LINKE. Pankow ist, dass Pankow ein familienfreundlicher Bezirk bleibt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Familien besser zu informieren, zu beraten, zu unterstützen und - wenn erforderlich - im Einzelfall gezielt zu helfen.

Die Broschüre Familienwegweiser Pankow soll weiterhin Orientierung geben und für Familien leicht zugänglich sein. Damit dieses Angebot erhalten bleibt, setzt sich DIE LINKE. Pankow für eine regelhafte Finanzierung ein.

DIE LINKE. Pankow hat sich in der aktuellen Wahlperiode für die Schaffung eines Familienservicebüros als Anlaufstelle in der **Verwaltung** engagiert. Das Familienservicebüro soll aufgebaut werden und für Familien eine wichtige Lotsen-Funktion zu den verschiedenen Leistungen und Angeboten haben. Familien sollen durch dieses Angebot an einem Ort unterstützt werden.

Eine bedeutende Aufgabe für Familienfreizeit, Austausch der Familien untereinander und Beratung haben die Familienzentren. DIE LINKE. Pankow unterstützt den Ausbau weiterer Familienzentren, insbesondere in unterversorgten Stadtquartieren und außerhalb von **Kitas**.

Als öffentliches und öffentlich finanziertes Angebot kommen den Erziehungs- und Familienberatungsstellen eine besondere Rolle bei der Unterstützung der Familien und bei der Bewältigung von Problemen zu. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Beratungskapazität. Gleiches gilt für die regionalen sozialpädagogischen Dienste des Jugendamtes. Denn Familien sowie junge Erwachsene haben einen Anspruch auf die passende Hilfe und auf Sozialarbeiter*innen, die Zeit für sie haben.

DIE LINKE. Pankow wird den Ausbau des Netzwerks für Alleinerziehende unterstützen, insbesondere in Fragen der **Existenzsicherung** durch Arbeit, der Kinderbetreuung, **Wohnen** oder Möglichkeiten der Entlastung Alleinerziehender. Zur Unterstützung von Familien in Notsituationen werden wir uns für ein System schneller und unbürokratischer Hilfen sowie für den Ausbau von Kapazitäten bei den Familienpflegediensten einsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Einführung des Berliner Familienfördergesetzes in Pankow sein. Für uns kommt es darauf an, dass das dabei die Vielfalt an Familien(-formen), Herkunft und (Lebens-)Erfahrungen berücksichtigt wird. Dabei müssen vorhandene Angebote im **Kiez** erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Fußverkehr

Jede Form der **Mobilität** beginnt und endet in aller Regel mit Fußverkehr. Alle Menschen nehmen am Fußverkehr teil. Gerade für ganz **junge** und **ältere** Menschen gibt es zum Teil keine Alternativen zum Fußverkehr, sodass dieser für diese Pankower*innen zentrale Bedeutung hat.

Der Fußverkehr als wesentlicher Teil des **Umweltverbunds** spielte in der Verkehrspolitik in Berlin wie bundesweit traditionell eine untergeordnete Rolle und wird bis heute nicht als eine wichtige Komponente des öffentlichen Verkehrs und der Mobilität betrachtet. Selbst im Zuge der Schaffung des Mobilitätsgesetzes waren die sehr weitgehenden Bestimmungen zum **Radverkehr** anfangs nicht flankiert von entsprechenden Bestimmungen auch zum Fußverkehr. Das Mobilitätsgesetz muss endlich um einen Abschnitt zum Fußverkehr ergänzt werden. Damit soll eine gesetzliche Grundlage für verbesserte Bedingungen im Fußverkehr geschaffen werden.

Aus Sicht von DIE LINKE ist das Mobilitätsgesetz eine große Errungenschaft. Nun muss das Gesetz, nun muss die Verkehrswende tatsächlich umgesetzt werden. Das neue **Personal** für Fußverkehrsplanung soll nun zügig systematisch den Ist-Stand erfassen. Auf Basis dieser Analyse ist alsbald ein Maßnahmenbündel für den Fußverkehr zu konzipieren.

DIE LINKE. Pankow wird sich besonders für einen verbindlichen Ausbaupfad für die Sanierung von Gehwegen einsetzen. In den vergangenen Jahrzehnten blieben diese zu oft aus, die Infrastruktur verschliss zusehends. Jedoch bestehen für Fußgänger*innen keine Alternativen. Dies belastet besonders Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, Ampelschaltungen derartig anzupassen, dass eine Querung der gesamten Straße möglich bleibt oder wird. Rechtsabbieger und Geradeausverkehr auf dem Rad und zu Fuß sollten getrennte Grünphasen erhalten.

DIE LINKE. Pankow will eine inklusive Gesellschaft, dazu gehört auch ein **inklusiv** gestalteter Verkehr. Dies bedeutet in aller erster Linie Barrierefreiheit, nicht nur im Umfeld von **Senior*innen**- und Pflegeeinrichtungen, sondern überall. Countdown-Ampeln (Anzeige der Restlaufzeit des roten Ampellichts) können helfen, die Sicherheit von Fußgänger*innen zu erhöhen. Sie werden so effektiver als bisher von der gefährlichen Kreuzungsüberquerung bei Rot abgehalten.

Gedenken

Pankow ist geprägt von zahlreichen historisch bedeutsamen Orten und **bürgerschaftlichen Engagements** in den **Kiezen**. In Zeiten von alternativen Fakten und neuen Schlussstrich-Debatten gilt es, Geschichte im Bewusstsein zu halten und Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit sinnlich erfahrbar zu machen, um aus den Tragödien und Verbrechen der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Viele »Stolpersteine« und andere Gedenkzeichen im Bezirk erinnern an den Widerstand gegen den **Faschismus** und die Opfer des Holocaust, an Verfolgung von Andersdenkenden, von **Schwulen und Lesben**, Sinti und Roma, Andersgläubigen und »Lebensunwerten« durch die Nazis. DIE LINKE. Pankow unterstützt die zivilgesellschaftlichen Initiativen für weitere Gedenkorte an Opfer des deutschen Faschismus, wie die »Euthanasie«-Morde in Berlin-Buch, und setzt sich für eine dauerhafte Finanzierung von Projekten des Erforschens und Erinnerns ein.

Die Geschichte der DDR und der Bürgerrechtsbewegung ist an vielen Orten in Pankow präsent und sollte in ihrer ganzen Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit erlebbar bleiben. DIE LINKE. Pankow tritt für eine differenzierte Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Pankower Geschichte ein, einschließlich unserer eigenen Vergangenheit. Wir haben mit dem Stalinismus unwiderruflich gebrochen und setzen uns für eine konsequente Aufarbeitung unserer Geschichte, aber auch Anerkennung persönlicher Lebenswege und gesellschaftlicher Errungenschaften ein.

Wir wollen den internationalen und **interkulturellen** Austausch fördern. Die Städtepartnerschaften mit Ashkelon (Israel) und Kolobrzeg (Polen) sind eine wertvolle Bereicherung unseres Bezirks, die sichtbarer und weiter ausgebaut werden sollte. Deshalb sprechen wir uns für einen jährlichen „Tag der Städtepartnerschaften“ oder ein „Internationales Fest“ im Bezirk sowie die Initiierung und Unterstützung von Geschichtswerkstätten und weiteren Austauschprojekten zwischen den Städten aus.

DIE LINKE. Pankow unterstützt die ehrenamtliche Arbeit der Freundeskreise und des Bündnisses #internationalPankow zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Städtepartnern und des internationalen Austauschs. Wir setzen uns für eine*n verlässliche*n Ansprechpartner*in im Bezirksamt und eine auskömmliche Finanzierung der Förderung der Städtepartnerschaften für Besuchsreisen, gemeinsame Projekte und Fachaustausch der **Verwaltungen** ein.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit ist körperliches, geistiges und soziales Wohlergehen. Deshalb ist kommunale Gesundheitspolitik eine zentrale soziale Aufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft. Besonders deutlich wird dies in krisenhaften Situationen wie der COVID-19-Pandemie. Die individuelle Gesundheit ist dann genauso betroffen wie alle Bereiche unseres persönlichen und gesellschaftlichen Lebens.

DIE LINKE. Pankow möchte deshalb den Öffentlichen Gesundheitsdienst so ausgestalten, dass er die Gesundheit der Menschen in Pankow schützt und hilft, wesentliche sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit abzubauen.

Die Gesundheit der Menschen ist von den jeweiligen sozialen Verhältnissen abhängig. Auch in Pankow zeigen sich schon bei den Einschulungsuntersuchungen Unterschiede zwischen Kindern aus einkommensschwachen Verhältnissen und Kindern aus einkommensstarken Familien.

Deshalb brauchen wir – neben einer aktiven Bekämpfung der Armut - eine moderne Gesundheitsförderung, die in individuellen Lebens- und Verhaltensweisen in Gesundheitsfragen berät und informiert. DIE LINKE. Pankow will für Pankow ein Mustergesundheitsamt, das für die vielfältigen Aufgaben mit ausreichendem, qualifiziertem Personal ausgestattet ist. Der Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination kommen dabei eine besondere Bedeutung für eine ressort- und ämterübergreifende Zusammenarbeit zu.

Die Kita- und Einschulungsuntersuchungen müssen für alle Kinder rechtzeitig und in hoher Qualität erfolgen. Mit gezielten Fördermaßnahmen sind Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Risiken auszugleichen.

Für die Gesundheit der Pankower*innen halten wir eine verstärkte Impfberatung durch das Gesundheitsamt für notwendig. Dafür sind Kooperationen u.a. mit Kitas und Schulen oder Senior*innenrichtungen nötig. Zudem sollen durch das Gesundheitsamt selbst gut erreichbare Impfangebote ermöglicht werden, die insbesondere benachteiligte Menschen erreicht. Zur Vorbeugung von Infektionskrankheiten müssen verstärkte Hygienekontrollen, besonders in gesundheitlichen und öffentlich zugänglichen Einrichtungen, erfolgen.

DIE LINKE. Pankow fordert eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung. Diese soll Schlussfolgerungen für Politik und Verwaltung ermöglichen. Auch die Beschlussvorlagen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow müssen beinhalten, welche Auswirkungen sie auf die Gesundheit der Menschen haben.

Gleichstellung

DIE LINKE. Pankow steht in allen Bereichen der Kommunalpolitik für Geschlechtergerechtigkeit und **Chancengleichheit**. Das Ziel unseres politischen Handelns besteht darin, bewährte bezirkliche Angebotsstrukturen zu erhalten und insbesondere in den unterversorgten Regionen weiter auszubauen. Dabei setzen wir auf die bezirklichen Initiativen wie beispielsweise das Netzwerk für Alleinerziehende in Pankow und Maßnahmen zum Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben nach einer längeren familienbedingten Pause.

Erhalt und Ausbau der Pankower Frauenprojekte sind die wichtigsten Säulen bei der Umsetzung der bezirklichen Gleichstellungspolitik. Deshalb sind wir dafür, die bestehende Förderpraxis des Bezirksamtes Pankow so zu verändern, dass flexibel auf den tatsächlichen Bedarf und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Frauen eingegangen wird und die Qualität der Angebote weiter steigt.

Die Angebotsstrukturen der Projekte für Frauen mit **Migrationshintergrund** und geflüchtete Frauen sind zu erweitern.

Wir setzen uns für eine **tarifliche Bezahlung** der Mitarbeiterinnen in den bezirklich geförderten Projekten ein.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für die Förderung von Existenzgründerinnen, insbesondere aus den kreativen, **künstlerischen** Berufen ein. Dazu gehört auch, die Förderpraxis des **Jobcenter** Pankow auf den Prüfstand zu stellen

Wir unterstützen die vielfältigen Initiativen des Frauenbeirates Pankow bezüglich einer flexiblen und ergänzenden **Kinderbetreuung**, die es vor allem jungen Frauen ermöglichen soll, ihre Berufsausbildung abzuschließen und die Vereinbarung von **Familie** und Beruf sicherzustellen.

DIE LINKE. Pankow wendet sich gegen jegliche Form der Diskriminierung von Frauen. Das erfordert vom Bezirksamt Pankow die Sensibilisierung und Qualifizierung aller **Beschäftigten** für Geschlechtergerechtigkeit. Dazu gehören die gezielte Personalentwicklung ebenso wie die konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung Pankow für einen geschlechtergerechten Haushalt, die Erstellung eines **Frauengesundheitsberichtes**, die Förderung des Frauen- und **Mädchensport** sowie die Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes gegen häusliche Gewalt.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine paritätische **Beteiligung** und Mitbestimmung von Frauen in allen Bereichen der Kommunalpolitik ein. Das erfordert vor allem ein Umdenken beim Aufbau von flexiblen Gremienstrukturen und beinhaltet auch die Gewährleistung der Kinderbetreuung.

Grünflächen

Die zunehmende **Flächenkonkurrenz** in der wachsenden Stadt bedroht eine der Hauptqualitäten unseres Bezirkes. Pankow ist ein grüner Bezirk und soll es auch bleiben. Durch starken Zuzug und die zunehmende Schließung von Baulücken nimmt die Versorgung mit wohnungsnahen Grünflächen immer weiter ab, Gartenflächen verkommen zur Zwischennutzung auf **Baupotenzialflächen**. Der Nutzungsdruck auf die Parks und **Naherholungsgebiete** steigt immer weiter an. Gerade in den innerstädtischen Bereichen ist somit jeder unversiegelte Quadratmeter ein kostbares Gut. Der Bedarf zur Abmilderung der **Klimafolgen** ist dabei noch nicht miteingerechnet.

Der Bezirk hat in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig in seine Grünanlagen investieren können. Damit lässt sich selbst eine reine Erholungsnutzung nur noch schwierig gewährleisten. Parks in einer modernen Großstadt müssen aber mehr können als den gepflegten Sonntagsspaziergang. Volksfeste, **Kunst und Kultur**, politische Aktionen und **Sport** können bei guter Ausstattung des Grünflächenamtes auch Grünanlagen als **öffentlichen Raum** nutzen und attraktiver machen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Pankow deutlich spürbar: Extreme Wetterereignisse wie der Dürresommer, starke Niederschläge, Stürme und die Erwärmung des Grundwassers nehmen zu und betreffen nicht alle Menschen gleich. Grünanlagen müssen erhalten bleiben und der Grundwasserschutz einen höheren Stellenwert erhalten. Die soziale Verteilung von **Umweltbelastungen** und Umweltgüte wird von DIE LINKE. Pankow als Kernanliegen gesehen.

Es gibt eine lange Tradition **bürgerschaftlicher Vereine** und Plattformen im Bezirk, die gerade im Bereich der Grünanlagen Nutzungskonzepte entwickeln und Konflikte konstruktiv lösen. DIE LINKE. Pankow unterstützt vom **Kleingartenverein** bis zur Bürgerinitiative alle Strukturen, die Verantwortung übernehmen und eine vielfältige nichtkommerzielle und umweltschonende Nutzung von Grünanlagen organisieren und im Dialog mit Anwohner*innen und **Verwaltung** weiterentwickeln.

Gute Arbeit

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. DIE LINKE. Pankow fordert die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, einen angemessenen gesetzlichen Mindestlohn und die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse in unserem Bezirk und in ganz Berlin.

Für DIE LINKE. Pankow stellt die Durchsetzung von guter Arbeit ein Grundprinzip dar. Gute Arbeit - dazu gehört die Sicherheit des Arbeitsplatzes ebenso wie ein verlässliches und **existenzsicherndes** Einkommen. Aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und **Familie**, menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz sowie die **Gleichberechtigung** und damit die Vermeidung jeglicher **Diskriminierung** am Arbeitsplatz sind Merkmale guter Arbeit. Es gilt Arbeitsbedingungen zu schaffen, bei denen der Arbeits- und **Gesundheitsschutz** der Beschäftigten gesichert ist.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie sehr unsere Gesellschaft auf gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in den sogenannten systemrelevanten Berufen, angewiesen ist. Daher fordert DIE LINKE. Pankow eine deutlich spürbare Verbesserung der Bezahlung von Alten- und Krankenpfleger*innen, Kassierer*innen, **Erzieher*innen**, den Beschäftigten bei Paketdienstleistern und vielen mehr.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für die konsequente Umsetzung des Pilotprojektes Solidarisches Grundeinkommen ein. Die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt entweder nach Tarifvertrag oder nach dem in Berlin gültigen Mindestlohn von 12,50 Euro pro Stunde. In Pankow haben Unternehmen, freie Träger und die öffentliche **Verwaltung** Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Die sowohl dem gemeinwohlorientierten als auch dem öffentlichen Interesse dienen. Dadurch wird auch ein Beitrag zum Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in Pankow geleistet, der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und soziale Ausgrenzung verhindert.

DIE LINKE. Pankow fordert die Einrichtung einer Stelle einer/eines „Beauftragten für Gute Arbeit“ um die Konzepte Guter Arbeit im Bezirk zu bündeln, Bürger*innen zu Fragen zum Beschäftigungsverhältnis, zur Entlohnung, zu Arbeitsbedingungen, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu beraten und ein Konzept für Gute Arbeit in Pankow zu erarbeiten. DIE LINKE wird darauf dringen, dass die/der Beauftragte auf Grundlage des DGB-Index "Gute Arbeit" und seiner Sonderauswertungen Konzepte für Pankow erstellen wird.

Aufträge des Bezirks sind (ausschließlich) an mitbestimmte und tarifgebundene Unternehmen zu vergeben.

Inklusion

DIE LINKE. Pankow will dazu beitragen, die Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Nicht die Menschen müssen sich den Hindernissen anpassen, sondern die Gesellschaft muss die Barrieren abbauen, die die Einbeziehung Aller behindern.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge und Leistungen der kommunalen **Verwaltung** barrierefrei erreichbar sind und in Anspruch genommen werden können. Bei allen Neubauten und neuen Anmietungen durch das Bezirksamt muss der barrierefreie Zugang umgesetzt werden. Bei **Neubauvorhaben** müssen entsprechend der Bauordnung barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.

Der Behinderten- und **Senior*innen**beirat muss auch zukünftig bei Genehmigungs- und Planungsverfahren beteiligt werden, damit schon vor Baubeginn die Einhaltung entsprechender Leit- und Richtlinien beachtet wird.

Wir fordern ein barrierefreies Leitsystem für die unterschiedlichen Beeinträchtigungen von Menschen in allen kommunalen Einrichtungen. Darüber hinaus treten wir für barrierefreie Zugänge zu allen S- und U-Bahnhöfen in Pankow und zu Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Post- und Bankunternehmen, Krankenkassen sowie **Gesundheits-** und **Bildungseinrichtungen** ein. Darüber hinaus werden erst durch die Absenkung von **Bordsteinkanten** ganze **Wohngebiete** für Rollstuhlfahrer*innen und mobil eingeschränkte Menschen erreichbar.

Die öffentliche Verwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen und die Vorgaben für Barrierefreiheit und des Bundesteilhabegesetzes nicht nur konsequent umsetzen, sondern darüber hinausgehen. Deshalb fordert DIE LINKE. Pankow:

- die zeitnahe Umsetzung eines barrierefreien **Internetangebots** des Bezirksamts für Menschen mit Hör-, Seh-, und Lesebeeinträchtigungen sowie mit allen wesentlichen Informationen in Leichter Sprache und Gebärdensprache,
- schrittweise alle Dokumente und Veröffentlichungen des Bezirksamts barrierefrei zur Verfügung zu stellen und eine einfache Sprache zu nutzen,
- in den kommunalen Ämtern Aufrufsysteme mit kombinierten optischen und akustischen Signalen sowie eine ergänzende telefonische Terminvergabe einzuführen,
- für Menschen mit Beeinträchtigungen mehr **unbefristete Stellen** zu schaffen und ihre Berufsförderung zu unterstützen. Dazu gehört auch die Förderung eines inklusiven **Schul-** und Ausbildungssystems sowie inklusiver Arbeitsplätze in Betrieben.
- die unverzügliche Einrichtung arbeitsfähiger Teilhabefachbereiche **Jugend** und Soziales im Bezirksamt und den ausreichenden Einsatz qualifizierten Personals. Darüber hinaus ist eine Vereinbarung zur Schaffung des Arbeitsbündnisses „Haus der Teilhabe“ abzuschließen und konsequent umzusetzen.

Jobcenter

Auch in Pankow müssen Menschen zum Jobcenter gehen. Ende 2020 waren dies 4,6 Prozent der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter. Sie versuchen, mit den kargen Leistungen über die Runden zu kommen. Gesellschaftliche Teilhabe ist damit kaum möglich. Als DIE LINKE wollen wir das Hartz-IV-System überwinden. Es bedarf einer sanktionsfreien Grundsicherung, die ein **menschenwürdiges** Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für einen vertrauensvollen und wertschätzenden Umgang mit allen Menschen im Jobcenter ein. Leistungsberechtigten muss respektvoll begegnet werden. Unsere Unterstützung gehört auch den **Mitarbeiter*innen** des Jobcenters. Ihnen sollen alle Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung gewährt werden.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für die volle Ausschöpfung des Teilhabechancengesetzes ein. Mit diesem Instrument können langzeiterwerbslose Menschen eine sozialversicherungspflichtige **Beschäftigung** ergreifen. Daher müssen die durch dieses Gesetz finanzierten Stellen auf kommunaler Ebene in Pankow schnell geschaffen und besetzt werden. Gleiches gilt für die Stellen aus dem Projekt Solidarisches Grundeinkommen, das in Berlin aufgelegt wurde.

Wir fordern mehr qualitativ hochwertige Maßnahmen, die auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer*innen eingehen. Keine sinnfreien Maßnahmen nur um die Anzahl der Leistungsberechtigten zu senken. Jede und jeder, der einen **Schul- oder Berufsabschluss** nachholen bzw. als Berufsrückkehrer*in auffrischen möchte, soll eine Förderung erhalten.

DIE LINKE. Pankow fordert die Einrichtung einer Clearingstelle § 16a SGB II, wie es sie bereits in anderen Bezirken Berlins gibt. Eine solche Clearingstelle kann für Menschen mit den unterschiedlichsten Problemen einen schnellen und verbindlichen Zugang zu den bezirklichen Leistungen wie Schuldnerberatung oder sozialpsychiatrischer Dienst bieten.

Jungen Menschen in Pankow soll durch das Jobcenter Hilfe beim Start in ihr Arbeitsleben geboten werden. Nicht nur die Berufsberatung, sondern auch die Angebote der Jugendberufsagentur und die kommunalen Leistungen wie beispielsweise **Kinderbetreuung** sowie sozialpsychiatrische Unterstützung sollen ausgebaut werden.

Für **Geflüchtete** soll das Angebot an Alphabetisierungs- und Sprachkursen, in Verbindung mit einer Kinderbetreuung, verstetigt und ausgebaut werden. Das Jobcenter Pankow soll mit entsprechenden Maßnahmen verstärkt die **Gleichstellung** von Frauen und Geflüchteten am Arbeitsmarkt fördern.

Jugend

Pankow ist durch seine vielfältige Landschaft an außerschulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche ein attraktiver Ort für Familien. Über 50 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit vielen unterschiedlichen Schwerpunkten sorgen für ein vielfältiges Angebot von Buch bis Prenzlauer Berg. In dieser Wahlperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Angebotsstruktur erhalten bleibt und dass eine gute Bezahlung für die Beschäftigten gewährleistet wird. DIE LINKE. Pankow streitet für den weiteren Erhalt dieser vielfältigen Angebotsstruktur. Hierzu gehört die weitere Förderung von freier Jugendarbeit.

Für diverse außerschulische Angebote ist es wichtig, dass wir kommunale Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten, dafür streiten wir als DIE LINKE. Pankow. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Angebote in unterversorgten Kiezen. Dabei können mobile Angebote eine Rolle spielen. Auch beim Wohnungsneubau müssen ausreichende Begegnungs- und Spielflächen für Kinder und Jugendliche mitgeplant und umgesetzt werden.

Pankow war in den vergangenen Jahren Vorreiter bei der Zusammenarbeit der Bereiche Jugend und Schule. Diese Rolle muss Pankow wieder einnehmen. Die Zusammenarbeit muss gestärkt und ausgebaut werden. Dafür stehen wir als LINKE. Pankow. Wir begrüßen und unterstützen daher die Initiative von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, unmittelbar vor Ort zu wirken und aktiv mit Schulen in der Nachbarschaft zusammenzuarbeiten. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind auch Orte zum Erproben von Demokratie, Beteiligung, Selbstverwaltung und Selbstorganisation. Als diese Lernorte gehören sie zu einem demokratischen und weltoffenen Pankow dazu und müssen auch in der Selbstverwaltung gestärkt werden.

DIE LINKE. Pankow hat sich in dieser Wahlperiode für eine wirkliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stark gemacht. Für die Etablierung weiterer Beteiligungsstrukturen wie zum Beispiel die Schaffung einer bzw. eines Kinder- und Jugendbeauftragten werden wir uns einsetzen.

Schließlich gelten unser Dank und unsere Unterstützung all denjenigen professionellen wie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Angebote für Kinder und Jugendliche ermöglichen.

Kita

Eine verlässliche und gute **Bildung**, Erziehung und Betreuung unserer kleinsten Pankower Kinder sind für DIE LINKE. Pankow eine zentrale Forderung. In der Vergangenheit konnte eine gute Versorgung mit Kitaplätzen und in der Kindertagespflege gewährleistet werden. Mit einer Betreuungsquote von 80,1 Prozent in Pankow ist DIE LINKE. Pankow jedoch noch nicht zufrieden. Wir setzen uns dafür ein, dass jede **Familie** ihren Wunschkitaplatz bekommt.

Dazu ist unter anderem der Kita-Navigator in seiner Wirksamkeit für bessere Information der Eltern über das Angebot der Kita und freie Plätze weiterzuentwickeln. DIE LINKE. Pankow fordert zur Erleichterung der Platzvergabe die Fortsetzung der Kooperation des **Jugendamtes** mit dem Kita-Eigenbetrieb NordOst und die Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Es ist zu prüfen, ob durch Festlegung einheitlicher Kriterien für alle Kitas die Platzvergabe erleichtert werden kann. Genauso wichtig für ein echtes Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist der Ausbau von Kitaplätzen im Bezirk und die Gewinnung von Personal.

Der Beruf als Erzieherin oder Erzieher muss für Schulabgänger*innen und weitere am Beruf Interessierte attraktiv sein. DIE LINKE. Pankow fordert Beratung und Praxisunterstützung für alle Erzieher*innen, die Übernahme der Maßnahmen aus dem Gute-Kita-Gesetz in den Regelbetrieb und die kontinuierliche Anhebung der Bezahlung. Die **Tariflöhne** müssen für die freien Träger klare Orientierung sein.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für die **Sicherung von Grundstücken** für neue Kitas, die Aufnahme von Kita-Neubau in die Investitionsplanung und in Förderprogramme des Landes und des Bundes ein. Hierbei hat der Ausbau öffentlicher Kitaplätze beim Eigenbetrieb NordOst Priorität.

Grundlage für die Entwicklung des Kinderbetreuungsangebots in Pankow und zugleich Instrument demokratischer Mitwirkung ist die Aufstellung eines aktuellen Kita-Entwicklungsplans. Er bezieht Themen der inhaltlichen und qualitativen Entwicklung des Kita-Angebots ein: Sprachförderung, **Inklusion**, Berücksichtigung von Kinderrechten im Kita-Alltag, Umgang mit **Vielfalt**, **Gesundheitserziehung**, gesunde Ernährung, Übergang von Kita in die **Grundschule**.

Die LINKE. Pankow fordert die Weiterentwicklung der Finanzierung der Kita-Träger, die weitere Abschmelzung des Eigenanteils der Träger und die Verbesserung der Finanzierung der Kindertagespflege.

Die Arbeitszeiten werden immer flexibler. Dem muss das Betreuungsangebot gerecht werden. Wir werden uns für den Ausbau flexibler Betreuungsangebote einsetzen. Das gilt insbesondere für die ergänzende Kindertagespflege. Darüber hinaus sind Angebote flexibler Kinderbetreuung in Familienzentren zu ermöglichen.

Kleingärten

Kleingärten haben eine große soziale Bedeutung und sind generationsübergreifend Begegnungs- und Bildungsorte. In Kleingartenanlagen werden soziale Projekte wie zum Beispiel **In-terkulturelle** Gärten, Mitmachgärten, Gärten als Lernorte für **Kitas**, **Schulen** und **Pflegeeinrichtungen** durch Kleingartenvereine und Verbände unterstützt.

Für die Pankower*innen bieten Kleingärten die Möglichkeit zur Erholung und zur Betätigung in der **Natur**. Angesichts der zunehmend heißen und trockenen Sommer kommt den Flächen auch eine besondere **stadtklimatische** Bedeutung zu. Deshalb sollen Kleingärten auch zukünftig der Bevölkerung zur gärtnerischen Nutzung zur Verfügung stehen. Kleingärten haben im ständig wachsenden Bezirk Pankow eine immer größere Bedeutung. Auch Zugezogene in den neuen **Stadtquartieren** sollen die Möglichkeit zu gärtnerischen Tätigkeiten erhalten. Deshalb sind die in Pankow vorhandenen Kleingartenflächen **dauerhaft zu sichern** und auszubauen. DIE LINKE. Pankow setzt sich für ein Kleingartenflächensicherungsgesetz ein. Die hierin festgelegten Maßnahmen müssen im Bezirk konsequent umgesetzt werden.

Die meist ehrenamtliche Arbeit der Kleingartenvereine und ihrer Vorsitzenden verdient eine besondere Wertschätzung. Neben der wichtigen Kommunikationsfunktion liegt ein Schwerpunkt ihrer Arbeit auf der Abstimmung von Sanierungs- und Umstrukturierungskonzepten für die planungsrechtliche Sicherung der Kleingärten mit der **Verwaltung**. Hier wollen wir, so erforderlich, schrittweise mit langfristigen Prozessen eine Entwicklung zu den Anforderungen des Bundeskleingartengesetzes unterstützen.

Um die Versorgungsqualität mit Gartenflächen zu erhalten und die Verluste von Kleingärten für notwendige soziale und verkehrliche Infrastruktur auszugleichen, ist ein bezirkliches **Grünpotential**- und Ersatzflächenkonzept zu erarbeiten. Dieses Konzept ist alle zwei Jahre zu überprüfen und der Öffentlichkeit vorzustellen.

Klimagerechtigkeit

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Pankow deutlich spürbar: Extreme Wetterereignisse wie Hitze, der Dürresommer 2018, starke Niederschläge, Stürme und die Erwärmung des Grundwassers nehmen zu und betreffen nicht alle Menschen gleich. Für DIE LINKE. Pankow ist soziale Teilhabe an einer gesunden Umwelt ein Kernanliegen fortschrittlicher, ökologischer Politik. Im Kampf gegen den Klimawandel und um Pankow als lebenswerten und familienfreundlichen Bezirk zu erhalten, hat der Bezirk 2019 als erster von Berlin den Klimanotstand ausgerufen.

Mit der Finanzierung der Koordinierungsstelle für Klimaschutz ist eine dringend notwendige Voraussetzung zur Umsetzung aller bezirklichen Klimaschutzmaßnahmen geschaffen worden. Mit Hilfe dieser Stelle sollen zum Beispiel Maßnahmen rund um die CO₂-arme Infrastruktur, energieeffizientes Wohnen, erneuerbare Energien und nachhaltigen Konsum koordiniert und unterstützt werden - für alle. Die Herausforderungen der Klimakatastrophe müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht zu Zusatzbelastungen für Einkommensschwächere und Durchschnittsverdienende führen.

Die Maßnahmen sollen auf Grundlage eines zu erarbeitenden ganzheitlichen Klimaschutzkonzepts erfolgen, das in Zusammenarbeit mit einem neuen Klimaschutz-Team und dem Bezirkssamt Pankow gestaltet und umgesetzt werden soll.

Parallel dazu setzt sich DIE LINKE. Pankow kontinuierlich für die Schaffung von CO₂-neutralen Quartieren, Projekte wie den „European Energy Award“ und eine Infrastruktur für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr im Bezirk ein, damit das Ziel „Klimaneutrales Pankow!“ schnellstmöglich erreicht wird.

Die LINKE. Pankow setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass Aspekte des Klima- und Umweltschutzes in alle stadtplanerischen Überlegungen einbezogen werden. Zum Beispiel wollen wir die Umwidmung aller dafür geeigneten Flächen in Grünflächen. Zu einem umweltschonenden Umgang mit Ressourcen gehört auch, dass die Versiegelung des Bodens durch Bauwerke begrenzt werden muss. Bepflanzte Fassaden und Dächer bieten dabei eine Möglichkeit, den negativen Effekten der Flächenversiegelung auf das Stadtklima entgegenzuwirken. Aktiver Baumschutz trägt zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei.

Der Bezirk Pankow bekennt sich zu den Zielen der „Lokalen Agenda 21“ und zu dem „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030“. DIE LINKE. Pankow tritt dafür ein, dass politische Entscheidungen den Prinzipien der Nachhaltigkeit in Verknüpfung mit sozialer Gerechtigkeit folgen. Klimaschutz, Umweltgerechtigkeit, Förderung der Biodiversität und der schonende Umgang mit der natürlichen Umgebung sind Leitlinien unserer Arbeit.

Kunstszene

Um die Freiheit der Kunst (auch vom Markt) und deren Funktion für die Gesellschaft zu sichern, unterstützt der Bezirk seine traditionell starke Kunst- und Kulturszene. DIE LINKE. Pankow will die bestehenden Institutionen und Angebote der kommunalen Kunst- und Kultur stärken und ausbauen. Künstler*innen brauchen bezahlbare Räume zum Arbeiten, Zugang zu Fördermöglichkeiten, Strukturen für die Präsentation ihrer Werke.

Dass in der Prenzlauer Promenade ein Atelierhaus entstanden ist, das sukzessive saniert und erweitert wird, geschah auch auf Drängen der Kommunalpolitik. Damit konnte der berlinweite Verlust an Ateliers und Arbeitsräumen aber nicht ausgeglichen werden. Um diesen Mangel insbesondere im **innerstädtischen Bereich** zu mindern, hat DIE LINKE. Pankow für die Anmietung des ehemaligen Klinikstandortes in der Fröbelstraße auch die Schaffung von Arbeitsräumen vorgeschlagen. Auch über das Baurecht und **städtebauliche** Verträge wollen wir erreichen, dass in neuen, größeren Wohnungsbaugebieten die Einrichtung von derartigen Arbeitsmöglichkeiten vorgesehen wird.

In den vergangenen Jahren standen der Kulturförderung der Bezirke erheblich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Wir erhoffen eine Stabilisierung dieser Situation und wollen Kunstproduzent*innen mit größtmöglicher Transparenz und qualifizierten Beratungsangeboten den Weg erleichtern.

Die kommunalen Galerien spielen eine wichtige Rolle dabei, regionale Kunstproduktion der Öffentlichkeit zu präsentieren, wobei sie eine eigenständige und unabhängig von Kunstmarkt auch den künstlerischen Nachwuchs und neue Tendenzen der Kunst fördern. Wir freuen uns über die Wiedereröffnung der „Pratergalerie“ und hoffen, dass die „Galerie Pankow“ auf dem Gelände des neu entstehenden „Pankower Tor“ einen neuen attraktiven Standort entwickeln wird. Auch die „Galerie Parterre“ sowie die WABE, das Theater unterm Dach und die **Jugend**theateretage sollen gestärkt aus der Sanierung des Kulturareals in Thälmann-Park hervorgehen.

LSBTIQ*

Alle Menschen sind von Geburt an gleich und dennoch individuell besonders. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Miteinander aller – unabhängig von **Alter**, Religion, Herkunft, **Handycaps**, Kultur, **Geschlecht** und sexueller Identität oder Ausrichtung. Jeder Mensch muss die gleichen Rechte und Chancen für seine Entwicklung bekommen.

DIE LINKE. Pankow fordert die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen (kurz: LSBTIQ*). Wir sprechen uns dafür aus, dass die gesetzliche Realität endlich der gesellschaftlichen Realität angepasst wird und wenden uns gegen jede Art der Diskriminierung, sei es in Behörden oder privat, in der **Schule** oder am Arbeitsplatz.

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller **Vielfalt**“ in Pankow wollen wir mit konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, zum Empowerment von LSBTIQ* und zur Bekämpfung von LSBTIQ*-Feindlichkeit umsetzen. Dafür soll ein*e bezirkliche*r Queerbeauftragte*r als Koordinations- und Anlaufstelle in der Pankower **Verwaltung** etabliert und ein jährliches Aktionsprogramm aufgesetzt werden.

DIE LINKE. Pankow setzt sich außerdem für die Förderung von Angeboten für queere **Jugendliche** und Senior*innen sowie Geflüchtete ein. Kommunale und geförderte Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen sowie Begegnungsstätten und **Familienzentren** sollen verstärkt für sexuelle und geschlechtliche Identität und Vielfalt sensibilisiert werden. Die Angebote für queere Paare und Regenbogenfamilien in Familien- und Nachbarschaftszentren sowie queerspezifische und queer-sensible **Gesundheitsangebote** sind auszubauen. In den Schulen müssen die Belange queerer Schüler*innen stärker berücksichtigt werden. Selbstorganisierte Projekte wie der Sonntags-Club e.V. und das EWA Frauenzentrum e.V. sind als diskriminierungsfreie Orte unbedingt zu erhalten. Die Einrichtung eines Beratungs- und Aufklärungsangebotes für trans* und inter* Menschen und deren Angehörige mit Schwerpunkt geschlechtsangleichende Operationen ist dringend erforderlich.

LSBTIQ*-Anliegen sollten auch in den bezirklichen Museen und Galerien sowie **Kultureinrichtungen** Berücksichtigung finden und öffentliche Orte zur Erinnerung oder Auseinandersetzung mit queerer **Geschichte** ausgebaut werden. DIE LINKE. Pankow setzt sich für das Hissen der Regenbogenfahne zur Berliner Pride Week und der Bi-, trans* sowie inter* Fahne an allen drei Hauptstandorten des Bezirksamts und die Förderung der „**Respect Games**“ im Jahn-Sportpark aus.

Wer Vielfalt will, muss auch für den Schutz von Vielfalt sorgen. DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass Opfern von Diskriminierung Schutz gewährt wird. Sie sollen bei Strafanzeigen begleitet und unterstützt werden. In einer zentralen Stelle in Pankow sind die verschiedenen Antidiskriminierungs-Beratungsstellen zu vernetzen, um Opfer wie Zeug*innen umgehend zu beraten und sie an die richtigen Ansprechpartner*innen zu vermitteln.

Mieter*innen-Schutz

Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen ihrer sozialen Verantwortung für die Wohnraumversorgung gerecht werden. Es darf keine Zwangsräumungen in die **Obdachlosigkeit** mehr geben. Modernisierungsmaßnahmen müssen maßvoll sein. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen beispielgebend alle Möglichkeiten im Sinne einer sozialverträglichen Modernisierung ausschöpfen – wo möglich - auf Fassadendämmung verzichten. Es darf keine Duldungsklagen mehr geben, eine sozialverträgliche Einigung mit den Mieter*innen ist herbeizuführen. Langanhaltender Leerstand vor Modernisierungen ist nicht hinnehmbar.

Wärmedämmung, Balkonanbau sowie Fahrstuhleinbau sind Modernisierungsmaßnahmen, die besonders mietpreistreibend sind. Hierbei ist darauf zu achten, dass die auf die Mieter*innen umlegbaren Kosten geringgehalten werden. Bei Wärmedämmmaßnahmen soll nachgewiesen werden, dass die auf die Miete umgelegten Kosten in einem guten Verhältnis zu den Einsparungen stehen.

Der **Aufwertungsdruck** in den Pankower Milieuschutzkiezen ist ungebrochen, und durch das Ende des Flugverkehrs über Pankow erwarten wir eine Verschärfung der Situation. Daher muss die Erweiterung der **sozialen Erhaltungsgebiete** Priorität haben, und an den Grenzen der bestehenden Gebiete liegende Altbau müssen untersucht werden.

Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum ist derzeit eigentlich nur über eine Selbstverpflichtung des Eigentümers, innerhalb von sieben Jahren nur an die Mieter*innen zu verkaufen, möglich. Diese Ausnahmeregelung ist Einfallstor für Spekulant*innen, die die Umwandlungsverbotsverordnung legal umgehen möchten. Eine Genehmigung soll zukünftig nur dann erfolgen, wenn eine Liste der Mieter*innen, die zum Zeitpunkt der Umwandlung das Haus bewohnen, vorgelegt und so sichergestellt wird, dass nur an diese verkauft wird.

Das Wohl der Allgemeinheit rechtfertigt die Ausübung des Vorkaufsrechts für die Mietshäuser in den sozialen Erhaltungsgebieten. Ohne Ausübung des Vorkaufsrechts sind die Ziele dieser Satzungen nicht zu erreichen. Nicht die Wirtschaftlichkeit für Drittkäufer, Stärken, Schwächen und Risiken des Objekts sollen die entscheidende Rolle bei der Wahrnehmung des gemeindlichen Vorkaufsrechts spielen, sondern die Gewährleistung der sozialen Erhaltungsziele. Der Bezirk soll in einem breiteren Netzwerk von Drittkäufern der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft Vorkaufsrechte wahrnehmen.

Die Unterbindung von Zweckentfremdung von Wohnraum muss offensiv angegangen werden. Denn durch Leerstand und den Betrieb von Ferienwohnungen geht Wohnraum verloren. Um spekulativen Leerstand konsequent bekämpfen zu können, müssen Amtsverfahren beschleunigt, die entsprechenden Strafen deutlich erhöht und die zuständigen Wohnungsämter mit ausreichend **Personal** ausgestattet werden. Der zweckentfremdete Wohnraum muss dem Wohnungsmarkt zügig wieder zur Verfügung gestellt werden.

Mobilität

Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen, nur auf bestimmte Teile der Bevölkerung ausgerichtet oder durch gläserne Decken verbaut sein. DIE LINKE. Pankow steht für ein grundlegend neues Verständnis von Mobilität. Wir wollen individuelle Bedarfe an sozialer und räumlicher Mobilität decken.

DIE LINKE. Pankow will die Gefahren des Straßenverkehrs deutlich reduzieren und so Pankower*innen jeden Alters die sichere Verkehrsteilnahme ermöglichen. Innerhalb des Verkehrsaufkommens sind die CO₂-armen Verkehre denen mit hohen Emissionen vorzuziehen. Berlin braucht die **Verkehrswende**.

Um die Verkehrswende durchsetzen zu können, braucht es eine klare Hierarchie der Verkehre. Für DIE LINKE. Pankow steht der Massenverkehr – **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)** und der **Fußverkehr** - an erster Stelle: Auf diesen sind alle Menschen angewiesen. In Bezug auf den ÖPNV stehen wir für eine Taktverdichtung auf Bestandsstrecken und einen zeitnahen Ausbau der Straßenbahn als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Der Fußverkehr verdient aus unserer Sicht eine stärkere Berücksichtigung als die zentrale Mobilitätsform, Gehwege gehören saniert und **Barrierefreiheit** garantiert.

Erst danach kann ein Augenmerk auf Individualverkehre gerichtet werden. Der nichtmotorisierte Verkehr - etwa der **Radverkehr** – ist zu fördern, der individuelle Autoverkehr muss eingeschränkt werden. Zu diesem Zweck können Kiezblocks und temporäre Spielstraßen genauso gehören wie geschützte Radstreifen und Radschnellwege. Autospuren und Stellplätze für den ruhenden Kraftfahrzeugverkehr sollen den Menschen zurückgegeben werden: Die Zeiten einer autogerechten Stadt- und Verkehrsplanung müssen wir endlich hinter uns lassen.

Öffentlicher Raum

Eine lebenswerte Stadt braucht lebenswerte öffentliche Räume. Öffentliche Räume müssen für alle da sein. Dies muss bei allen Planungen der **wachsenden Stadt** mitgedacht werden. Der Erhalt und Ausbau wohnortnaher Spiel-, **Sport-** und Begegnungsflächen muss dringend mit besseren Ressourcen und ausreichend Personal in den Blick genommen werden. Initiativen für temporäre Spielstraßen und nichtkommerzielle **Kunst- und Kulturangeboten** müssen in der Pankower **Verwaltung** eine kooperative und zuverlässige Partnerin haben.

Zunehmend wird Stadtraum jedoch in Planungsverfahren mit vertraglichen Vereinbarungen in die Verantwortung von Investoren und Immobilienentwicklern gelegt. Der Bezirk spart sich bei knappen Kassen die teure Herstellung sowie die Kosten für Unterhalt und Pflege. Allerdings werden damit mehr und mehr Flächen und Gebäude dem öffentlichen Raum entzogen und ausschließlich dem Konsum gewidmet. Eine offene Gesellschaft braucht jedoch für alle frei zugängliche Räume, um ihrer Vielfalt und Kreativität Ausdruck zu verleihen, um ohne Überwachung und privaten Sicherheitsdienste anderen Menschen begegnen oder das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen zu können.

Unser erklärtes Ziel ist der sozial-ökologische Stadtumbau. Kiezblöcke entsprechen dem Anspruch von DIE LINKE. Pankow, das Zusammenleben im öffentlichen Raum neu zu organisieren. Durch Kiezblocks wollen wir auf den Nebenstraßen mit und für die Bewohner*innen die Aufenthaltsqualität steigern und Raum schaffen für **Spiel**, Begegnung, Erholung und **klimafreundlichen** Verkehr. Die Idee ist, Quartiere vom Durchgangsverkehr zu befreien. Das macht den Kiez verkehrssicherer. Der Kiez gehört überwiegend den **Fußgänger*innen**, dem **ÖPNV** und den **Radfahrenden**. Wo möglich, sollten zusätzlich temporäre Spielstraßen an zahlreichen Tagen des Jahres den jüngsten Pankower*innen das Spielen direkt vor der eigenen Haustür ermöglichen. Gastronomie und andere Sondernutzungen gehören auf diejenigen Flächen, die in der autogerechten Stadt bisher dem ruhenden Verkehr (Parkplätze) vorbehalten waren.

Viele Kieze haben sich bereits auf den Weg gemacht, die anstreben, sich künftig in Richtung Kiezblock weiterzuentwickeln. Für mehrere von ihnen wird ein Feldversuch angestrebt, der aufzeigen helfen soll, mit welchen konkreten Herausforderungen der Bezirk bei der Einrichtung von Kiezblocks konfrontiert ist. DIE LINKE. Pankow begleitet diesen Prozess und setzt sich für eine zügige und weitreichende Umsetzung von Kiezblocks ein, um damit eine Neuverteilung des öffentlichen Raumes zu bewirken.

ÖPNV

DIE LINKE. Pankow schreibt dem öffentlichen Personennahverkehr als leistungsfähiges Rückgrat des Umweltverbundes eine besondere Bedeutung zu und betrachtet insbesondere die Straßenbahn als Hauptträger des Öffentlichen Verkehrs.

Die dynamischen Entwicklungen der Stadt, insbesondere die großen **Wohnungsbauprojekte** - wie **Blankenburger Süden**, Pankower Tor oder Michelangelostraße - bedürfen einer zukunftsfähigen, umfangreichen und qualitativ hochwertigen Verkehrsplanung. Für uns gilt: Die verkehrliche Erschließung ist Voraussetzung für die großen Wohnungsbauvorhaben und für die Ausweisung neuer Gewerbestandorte. Dazu braucht es neue Straßenbahnlinien. Dies ist eine relativ schnelle, bezahlbare und auch aus **ökologischen Gründen** anderen Verkehrsmitteln vorzuziehende Lösung. Der Ausbau der Straßenbahnlinien ist daher mit aller Kraft zu verfolgen.

DIE LINKE. Pankow fordert die zügige Umsetzung der Maßnahmen des „Nahverkehrsplans 2019 – 2023“. Darüber hinaus haben für uns folgende Maßnahmen Priorität:

- Eine „Express-Straßenbahn“ entlang der bisher freigehaltenen Trasse der sogenannten ehemaligen Tangentialverbindung-Nord entlang des Nordgrabens zwischen Wilhelmsruh/Rosenthal – Blankenburg – Hohenschönhausen mit Anschlüssen an die U-Bahnhöfe Paracelsusbad und Wittenau kann eine wichtige verkehrliche Entlastung für die verdichtete Innenstadt bringen.
- Eine Taktverdichtung auf den in Pankow verkehrenden Bestandslinien der U- und S-Bahn muss konsequent weiterverfolgt werden.
- Für innerstädtische Warenverteilung sollte mittelfristig das Straßenbahnnetz aktiviert werden.
- Eine S-Bahn-Verbindung von Buch über Karower Kreuz/Sellheimbrücke – Biesdorfer Kreuz – Grünauer Kreuz - Schönefeld – BER soll aus Sicht der DIE LINKE. Pankow als östlicher Teil eines zweiten Berliner S-Bahn-Ringes die Nutzer*innen von der bisherigen Last befreien, nur durch die Innenstad andere östliche Stadtteile zu erreichen. Dies macht die Verlängerung von Wartenberg nach Karow, den Lückenschluss zwischen Biesdorfer und Grünauer Kreuz und die Errichtung von Umsteigebahnhöfen an den Kreuzungspunkten zwischen radialen und dieser tangentialen S-Bahnstrecke notwendig.

Den Bau neuer oder verlängerter U-Bahn-Linien lehnt DIE LINKE. Pankow zum jetzigen Zeitpunkt ab. U-Bahnen sind um ein Vielfaches kostspieliger als Straßenbahnplanungen. Der U-Bahn-Bau ist verbunden mit hohen planerischen Herausforderungen. Das bindet die begrenzt vorhandenen Planungskapazitäten der **Verwaltung**. Außerdem braucht ein U-Bahnbau Jahrzehnte und verursacht erhebliche CO₂-Emissionen. Wer aber die großen Wohnungsbauvorhaben umsetzen will, braucht eine zügige Verkehrslösung. Diese bietet die Straßenbahn.

Radverkehr

Fahrradfahren ist schnell, **gesund**, **umweltfreundlich**, **klimaschonend** und günstig. Viele der innerstädtischen Autofahrten können durch das Fahrrad ersetzt werden. Auf kurzen Strecken ist das Fahrrad in der Stadt sogar der schnellere Verkehrsträger. Kurzum: Radverkehr hat aus Sicht der DIE LINKE. Pankow das Potential, viele **Mobilitätsbedürfnisse** von Pankower*innen zu befriedigen. Vom Lastenrad, über das Kinderfahrrad bis hin zum Pedelec, viele Pankower*innen verspüren heute das Bedürfnis, auf zwei Rädern ohne Verbrennungsmotor durch die Stadt unterwegs zu sein. Und das ist gut so.

Das Mobilitätsgesetz gilt auch in Pankow. Die Umsetzung läuft in unserem Bezirk noch zu zögerlich und oftmals nichts konsequent. Zu wenige Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit im Radverkehr sind im Stadtbild zu erkennen, die Verkehrsführung und Information bei **Baumaßnahmen** sind oft mangelhaft. Radverkehrsanlagen an oder auf Hauptverkehrsstraßen, Fahrradstraßen, Radschnellverbindungen, Fahrradabstellanlagen sind nicht oder zu wenig vorhanden oder kaputt. Das muss sich aus Sicht von DIE LINKE. Pankow ändern.

Wir wollen mit einem Radverkehrshaupt- und -nebenetz allen Pankower*innen ermöglichen, mit dem Rad von der eigenen Haustür durch ganz Berlin und bis ins Umland zu gelangen. Das sollte bei längeren Strecken auf Radschnellverbindungen und im Grundsatz auf glatten Belägen und kreuzungsarm geschehen. An den Knotenpunkten des Netzes sollen Abstellanlagen errichtet werden. Ampeln sollten neben der Vorrangschaltung für den **ÖPNV** eine grüne Welle auf Basis der Fahrrad-Durchschnittsgeschwindigkeit ermöglichen. Dies sollte am besten in Kombination mit Countdown-Ampeln (Anzeige der Restlaufzeit des roten Ampellichts) geschehen. **Fußgänger*innen** und Radfahrer*innen werden so effektiver als bisher von der gefährlichen Kreuzungsüberquerung bei Rot abgehalten. Rechtsabbieger und Geradeausverkehr auf dem Rad und zu Fuß sollten getrennte Grünphasen erhalten.

Die Mittel im chronisch unterfinanzierten Straßenunterhaltstitel in Pankow sind dafür leider keinesfalls ausreichend. Die Umsetzung dieser Aufgaben muss daher zukünftig durch das Land hinreichend finanziert werden.

Schule

Schulplätze in Pankow sind knapp. Immer größere Klassen und mehr Klassen pro Schule sind leider auch in unserem Bezirk Alltag. Für den Fachunterricht, aber auch für Freizeit- und außerschulische Aktivitäten stehen immer weniger Unterrichtsräume zur Verfügung. Und weil Schulplätze in Pankow fehlen, muss ein Teil der **Schüler*innen** längere Schulwege auch in andere Bezirke auf sich nehmen.

Das wollen wir ändern. Jede Schülerin und jeder Schüler aus unserem Bezirk soll in Pankow auch einen Schulplatz bekommen. Im nächsten Jahrzehnt benötigt Pankow rund 24 neue Schulen mit mehr als 12.000 Schulplätzen. Die Schaffung neuer Schulplätze mit Hilfe der Berliner Schulbauoffensive ist daher zentrale Aufgabe der nächsten Wahlperiode. Öffentliche Schulen werden ausgebaut und neue errichtet. Das gilt für Grundschulen wie für weiterführende Schulen.

DIE LINKE. Pankow setzt dabei besonders auf die Gründung von Gemeinschaftsschulen. In dieser Wahlperiode haben wir erfolgreich dafür gesorgt, dass jeder Schulneubau grundsätzlich als Gemeinschaftsschule geplant wird. Hier können Schülerinnen und Schüler von der Grundschule bis zur Oberstufe gemeinsam lernen. Das gebietet die Gewähr für einen hohen Grad an **Chancengleichheit**.

Weiterhin müssen der Neubau sowie die Sanierung aller Schulen im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive durch die Schulgemeinschaft begleitet und für alle Pankower*innen transparent gemacht werden. Zu diesem Zweck wurde die Gründung von Schulbauausschüssen durch DIE LINKE. Pankow vorangetrieben. Darüber hinaus müssen weitere Wege der **Beteiligung** gefunden werden.

Der Erhalt der Schulgebäude und die Schule als Lernort funktionieren nur mit **digitaler Infrastruktur** sowie mit qualifiziertem und gut bezahltem **Personal**. So sind gut ausgebildete Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Betreuer*innen und Hausmeister*innen für den Erfolg des Schulbetriebs und den Erhalt unserer Schulen Grundvoraussetzung. Die LINKE. Pankow setzt sich daher dafür ein, dass jede Schule mindestens eine Hausmeister*innenstelle und eine Stelle für Sozialarbeit erhält.

Ein kommunalpolitischer Schwerpunkt für DIE LINKE. Pankow ist die Reinigung der Schulen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulreinigung rekommunalisiert wird, um die Qualität zu erhöhen und **gute Arbeitsplätze** zu schaffen.

Senior*innen

Pankow ist ein wachsender Bezirk. Mit über 409.000 Einwohner*innen ist unser Bezirk die drittgrößte Stadt in Ostdeutschland. 19,4 Prozent der Pankower*innen sind älter als 60 Jahre.

Dieses Wachstum hat Folgen für die Infrastruktur des Bezirkes. Steigende Gewerbemieten verdrängen zunehmend Träger von sozialer Infrastruktur. Das betrifft Kitas genauso wie Senior*innenfreizeitstätten oder Trägerwohnungen für **Menschen mit Behinderungen**. Hier wollen wir mehr Schutz für soziale Einrichtungen. Der Bund muss endlich ein **soziales Gewerbemietrecht** einführen.

Als DIE LINKE. Pankow setzen wir uns im Bezirk dafür ein, dass die Senior*innenbegegnungsstätten als Ort gesellschaftlicher Teilhabe durch langfristige Mietverträge vor Kündigung geschützt werden. Alle kommunalen Senior*innenbegegnungsstätten müssen eine hauptamtliche Mitarbeiterin bzw. einen hauptamtlichen Mitarbeiter haben.

Als wachsender Bezirk brauchen wir Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge. Ideen für eine gelungene **Quartiersentwicklung** gibt es bereits. So ist der Grundstein für einen neuen Nachbarschaftstreff in der Piesporter Straße in Weißensee gelegt. Auch das **Bildungs-** und Integrationszentrum in Buch nimmt Gestalt an. Diese Vorhaben müssen zügig und barrierefrei realisiert werden und den Bedürfnissen älterer Bürger*innen Rechnung tragen.

Bei den **Wohnungsneubauvorhaben** wie im **Blankenburger Süden** oder auch am Pankower Tor sind Beratungs- und Betreuungsangebote sowie bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum von Anfang mit zu planen. Ausreichend **Grün-** und Freiflächen sind genauso wichtig wie sichere Gehwege und gut erreichbare Dienstleistungsangebote. Die Regelungen des Mobilitätsgesetzes zum **Fußverkehr** müssen umgesetzt werden. Auch ein Blindenleitsystem in der Nähe der Blindenwohnstätte im Park am Weißen See ist ein guter Anfang.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass insbesondere alleinlebende und in der **Mobilität** beeinträchtigte Menschen Informationen über soziale, **medizinische** und pflegerische Angebote erhalten, die sie im Bedarfsfall nutzen können. Insbesondere wenn Versorgungsdefizite erkannt werden, braucht es professionelle Unterstützung.

Mit der Altenhilfekoordination, den Pflegestützpunkten und dem Qualitätsverbund Netzwerk im Alter gibt es in Pankow gute Voraussetzungen für eine zielgerichtete Altenhilfeplanung auf der Grundlage verlässlicher Daten. Wir wollen die Bereitschaft zur Kooperation zwischen stationären und ambulanten Pflegeanbietern fördern und durch bessere Steuerung Versorgungsengpässe vermeiden.

Um das **Mitspracherecht** der Seniorenvertretung in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu sichern, muss das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz genauso im Bezirks**verwaltungsgesetz** Berücksichtigung finden, wie es bereits für den **Jugendhilfeausschuss** und den **Integrationsausschuss** geregelt ist.

Spielstadt

Kinder und Jugendliche haben laut der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben. Der öffentliche Raum wird allerdings vor allem vom motorisierten Individualverkehr beansprucht. Es gibt mehr Raum für parkende Autos als für Spielplätze, während Kindern und Jugendlichen nicht genügend Flächen unter freiem Himmel zur Verfügung stehen. DIE LINKE. Pankow will hier durch Umverteilung für mehr Gerechtigkeit sorgen und ermöglichen, dass der Stadtraum verschiedene Funktionen für einen lebenswerten Alltag erfüllen kann. Deshalb unterstützen wir unter anderem aktiv die Initiativen zur Schaffung von temporären Spielstraßen in Pankow.

Weil in den letzten Jahrzehnten beim Bau und der Pflege von Spielplätzen gespart wurde, befinden sich heute noch zu viele in einem bedauerlichen Zustand. Auf Druck der LINKEN wurden in den letzten Bezirkshaushalten zusätzliche Mittel für den Spielplatz-Etat beschlossen. Wir dringen darauf, dass so schnell wie möglich die bestehenden Spielmöglichkeiten wiederhergestellt und neue geschaffen werden. Sie sollten nach den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Altersgruppen gestaltet werden und barrierefrei zu nutzen sein. Wir unterstützen die Kleingärtner*innen dabei, in den Kleingartenanlagen öffentliche Spielmöglichkeiten zu schaffen.

Wir wollen, dass die Gestaltung der Stadt sich mehr als bisher auch an den Bedürfnissen der Jüngeren orientiert. Deshalb wollen wir die Berücksichtigung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausbauen. Pankow muss kinderfreundliche Kommune werden, indem auch sie wirklich mitreden dürfen.

Sport

DIE LINKE. Pankow drängt seit Jahren auf langfristig gute Bedingungen in Sportstätten sowie auf Sportplätzen und Flächen. Um das gewährleisten zu können, fordert DIE LINKE. Pankow mehr Platzwart*innen auf den Rasen und für mindestens jede **Schule** eine Schulhausmeister*innenstelle.

Wir begleiten und unterstützen die Berliner Schulbauoffensive und fordern, dass für alle Sportarten und Sportgruppen ausreichende Infrastruktur geschaffen wird. Um kurz- und mittelfristig den Bedarf an gedeckten und ungedeckten Sportflächen befriedigen zu können, müssen bestehende Projekte - wie zum Beispiel die Rennbahnstraße - zügig realisiert werden.

Pankow hat als erster Bezirk eine Sportentwicklungsplanung initiiert. Diesen **Beteiligungsprozess** haben wir als DIE LINKE. Pankow angeschoben und werden die Schlussfolgerungen daraus kritisch begleiten. Unser Fokus liegt bei der Sportentwicklungsplanung auf der Stärkung inklusiver und Sportstätten und öffentlich zugänglicher Angebote.

Die Unterstützung des Sports ist auch immer eine soziale Frage: Wir haben erreicht, dass eine gezielte Förderung von **Frauen- und Mädchensport** wieder eine Rolle spielt. Diese sind nicht nur im Vereinssport unterrepräsentiert. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch in den neu entstehenden Sporthallen und -flächen der Frauen- und Mädchensport einen angemessenen Platz findet.

Wir unterstützen das Projekt des Landes Berlin, den Sportpark an der Cantianstraße in einen modernen **Inklusionssportpark** weiterzuentwickeln. Bei den Planungen soll geprüft und beachtet werden, inwieweit der Altbestand ressourcenschonend weiterentwickelt werden, wie die Sportflächenbedarfe für Pankower Schulen und Vereine langfristig gesichert und die Angebote auch für Sportler*innen ohne Vereinsbindung ausgebaut werden können. Bei der verkehrlichen Erschließung ist der **Umweltverbund** die einzig sinnvolle Option, und Stellplätze für PKW sind auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren. Der Sportpark wird durch die Anwohner*innen als **öffentlicher Raum** genutzt und soll in diesem Sinne auch weiterhin durch alle niederschwellig nutzbar bleiben.

Sport ohne Gewalt und **Rassismus**, Veranstaltungen wie zum Beispiel die **Respect Gaymes** gehören zu unserem Verständnis eines Sportangebotes für alle. Sportvereine garantieren darüber hinaus bezahlbare Sportangebote für uns, weshalb sich DIE LINKE. Pankow weiterhin für die Stärkung des Breitensports einsetzt. Die Pankower Sportvereine sind soziale Anlaufstellen, arbeiten vor Ort in ihren **Kiezen** und sorgen neben den Sportangeboten für eine gesellschaftliche Teilhabe. DIE LINKE. Pankow sieht sich als Partnerin und dankt den vielen ehrenamtlichen Aktiven für ihr Engagement.

Stadtentwicklung

Ein beliebter Bezirk wie Pankow steht immer vor der Herausforderung, trotz beschränkter Ressourcen seine Attraktivität in gesundes und verträgliches Wachstum umzusetzen. Überall dort, wo auf landeseigenen Flächen größere Stadtquartiere entwickelt werden, bietet sich die Chance, alle Anforderungen an eine moderne, **klimagerechte** und **nachhaltige** Stadt zu erfüllen: Eine abgestimmte Mischung aus Wohnen, Mischgebieten und Gewerbeflächen, um mit kurzen Wegen im Alltag **Verkehre** zu reduzieren. Ausreichend Platz für soziale Infrastruktur, die mit **Bildung**, Fürsorge und **Kultur** lebendige **Quartiere** schafft und Teilhabe ermöglicht. Die Herausforderungen eines sich verändernden Klimas werden schon von Grund auf mitgedacht und im Interesse zukünftiger Generationen angegangen.

Das erfordert eine weitsichtige Planung und politische Steuerung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dazu bedarf es nicht zuletzt eines breiten, offenen und öffentlichen **Diskurses** mit den Bürger*innen. Das reine Denken in Wohnbaupotentialen reduziert städtebauliche Qualität im Planungsprozess und schafft eine **Flächenkonkurrenz**, den guten Wohn- und Lebensverhältnissen im Wege steht.

Ziel linker Stadtentwicklung muss die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungssektors sein, wir brauchen ausreichend Flächen für sozialen Wohnungsbau der landeseigenen Unternehmen und mehr Platz für Gruppen und Genossenschaften, die Wohnraum außerhalb von Renditeerwartung und **Mietsteigerungen** schaffen.

Eine durchdachte verkehrliche Erschließung mit dem **Umweltverbund** ist eine Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Stadt. Eine genaue Analyse angrenzender Quartiere ermöglicht eine Verbesserung struktureller Defizite und somit die Vernetzung mit und die Akzeptanz bei den Anwohner*innen in den benachbarten Stadtteilen.

Stadtklima

Der an Dynamik zunehmende **Klimawandel** stellt uns speziell in den Städten vor besondere Herausforderungen. Unsere **Quartiere** sind im Hinblick auf die Minimierung von CO₂-Emissionen und im Umgang mit den sich verändernden Wettersituationen schlecht oder gar nicht vorbereitet. Hier gibt es aber auf kommunaler Ebene einige Bereiche, in denen wir heute ganz konkret Maßnahmen ergreifen können, um in Zukunft besser mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können.

DIE LINKE. Pankow will über **Bebauungspläne** deutlich mehr als in den letzten Jahren üblich Festlegungen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung verankern. Wir wollen mehr Festsetzungen zur Begrünung von Dächern, Fassaden und nicht befestigten **Grundstücksflächen**. Wir unterstützen die Verwendung von klima- und umweltschonenden Baumaterialien, insbesondere den modernen Holz- und Leimbau. Bei allen Vorhaben ist zu prüfen, inwieweit auch kleinere Flächen als **Schutzraum für Insekten** und andere Kleinstlebewesen gesichert werden können.

Auch Pankow muss endlich mit den Berliner Stadtwerken die Nutzung aller eigenen Dachflächen für Photovoltaikanlagen organisieren und entsprechende Vereinbarungen abschließen.

Eine klimagerechte Stadt muss ihre Einwohner*innen stärker dabei unterstützen, sich an den Veränderungsprozessen zu **beteiligen**. Sie muss die Belastungen auf alle verteilen, die sie tragen können und Benachteiligte zuerst von den positiven Entwicklungen profitieren lassen. Es braucht speziell für letztere ausführliche Informationsangebote, um die Teilhabe an Veränderungsprozessen zu ermöglichen. DIE LINKE. Pankow will auch die Interessen zukünftiger Generationen bei politischen Entscheidungen mit betrachten.

Stadtleben

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass Bibliotheken ihren Medienbestand auf die unterschiedlichen Ansprüche der **vielfältigen** Stadtgesellschaft durch Mehrsprachigkeit und unterschiedliche Sprachniveaus einstellen. Wir stärken sie in ihren Funktionen als **Orte der Begegnung** und für die Arbeit der Nutzer*innen. Der Anteil von fest angestelltem **Personal** der Musikschulen und Volkshochschulen muss weiter aufgestockt werden, um Wartelisten abzuschmelzen und die Attraktivität der Angebote auszubauen. Bestehende Barrieren sind zu beseitigen und berufsbegleitendes und lebenslanges Lernen auszubauen, um die soziale Funktion der Weiterbildung zu stärken. Kommunale **Bildungsangebote** gibt es nicht überall, dabei sind gerade für Kinder und **Jugendliche** und **Senior*innen** kurze **Wege** besonders wichtig. Wir wollen Versorgungslücken durch den einen Ausbau der Angebote ausgleichen und freuen uns auf das neue Bildungszentrum im Ortsteil Buch. Wo **neue Wohngebiete** entstehen, sollen auch Einrichtungen von Kultur und Weiterbildung mitgebaut werden. Wir setzen auch auf soziokulturelle, kooperative Nachbarschaftszentren, in denen zusätzlich Kultureinrichtungen der Nachbarschaft eine Infrastruktur für kulturelle Aktivitäten bieten. Wir wollen durch angepasste, auch **digitale** Bildungsangebote neue Benutzer*innen erreichen.

Kleingewerbe und Einzelhandel sind häufig von steigenden Mieten und durch Prozesse der Gentrifizierung bedroht. Im Rahmen des Baurechts stellen wir uns der Verdrängung entgegen, denn wollen lebendige Kieze, in denen Arbeiten und Wohnen, soziale Interaktion und wohnortnahe Versorgung nah und nebeneinander stattfinden. Pankow ist gerade für die **Kreativwirtschaft**, für Selbständige und Gründer*innen ein attraktiver Ort. Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir auf Beratung und Vernetzung von Unternehmen, besonders von denen, die von **Frauen** geführt werden. Neue Wohngebiete sollten von Anfang an nicht als Schlafstätte geplant werden. Privatinvestor*innen sollen durch städtebauliche Verträge verpflichtet werden, soziale Infrastruktur vorzusehen.

Der Tourismus soll sich verträglich mit den berechtigten Interessen der Anwohnerschaft weiter entwickeln. Wir wollen keinen Massentourismus und gegensteuern, wenn sich ganze Straßenzüge nur noch nach touristischen Interessen entwickeln. Für viele potenziell touristisch attraktive Ziele außerhalb des Innenstadtbereiches wollen wir die **Erreichbarkeit verbessern** und ihre Bekanntheit steigern.

Gemeinsam mit der Clubcommission Berlin, Betreiber*innen und Nutzer*innen stellt sich DIE LINKE. Pankow der Tendenz entgegen, dass die Clubszene aus dem Innenstadtbereich verdrängt wird. Betriebe der Eventbranche brauchen weiter besondere Unterstützung und Beratung. Außerdem wollen wir die Nutzung des **öffentlichen Raumes** für Kunst und Musik ermöglichen. Auch in Pankow wollen wir einen Standort für einen „Free Open Air Space“. Der **Mauerpark** muss einerseits vor Übernutzung bewahrt, aber zugleich als Kultur- und Begegnungsort weiterentwickelt werden. Gemeinsam mit den Künstler*innen und Kiezvereinen suchen wir nach aktiven Lösungen für die Lärm- und Müllproblematik, damit der Mauerpark ein lebendiger Ort für alle bleibt.

Umweltschutz

Der Bezirk Pankow verfügt über viele Gewässer, Biotope und landwirtschaftliche Nutzflächen sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Pankow weist also eine Vielzahl an unterschiedlichen **Naturräumen** auf, woraus sich eine Pflicht zum Umwelt- und Naturschutz sowie Baumschutz ergibt. Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, vorhandene **Grünflächen** und insbesondere Biotope zu vernetzen und zu sichern. Wenn sich Tiere freier in Pankow bewegen können, ohne starke Einschränkungen hinnehmen zu müssen, schützt das den Erhalt gefährdeter Tierarten und so auch die Vielfalt.

Die Förderung der Artenvielfalt ist für DIE LINKE. Pankow nicht nur ein abstraktes Ziel, sondern findet kontinuierliche Berücksichtigung bei allen infrastrukturellen und umweltpolitischen Projekten im Bezirk. Dabei muss der Aspekt der sozialen Ungleichheit immer als mindestens gleichwertig mitgedacht werden. Nur so können Naturräume den nötigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie Erholungsgebiete für alle darstellen.

Eine große Rolle im Bereich des Natur- und Umweltschutzes spielt das Pankower Umweltbüro. Hier werden Projekte im Rahmen der Umweltbildung für Groß und Klein an **Kitas**, **Schulen** und vor Ort durchgeführt. Auch in Zukunft gilt es, diese **Bildungseinrichtung** und die ständige Weiterentwicklung der Angebote zu begleiten und für möglichst alle zugänglich zu machen. Die Koordination und Vernetzung von Umweltbildungseinrichtungen mit pädagogischen Institutionen ist ein wichtiger Grundstein, um den nachfolgenden Generationen Erfahrungen im Umwelt- und Naturschutz zu ermöglichen.

Ein wichtiges Element des Umwelt- und Naturschutzes muss der Artenschutz sein. Daher sollten neue Flächen wie zum Beispiel Wildwiesen zur Förderung von Biodiversität entstehen und eine insektenfreundliche und fachgerechte Pflege aller Grünflächen sichergestellt werden. Dazu gehört auch ein aktiver Baumschutz, der auch im Rahmen des **Klimaschutzes** unverzichtbar ist. Auf dem Gelände des Bezirksamts Pankow konnte bereits durch die Linksfraktion Pankow unter anderem der Schutz dort vorkommender Tiere beschlossen und umgesetzt werden. Dies gilt es nun auf weitere bezirkseigene Flächen auszuweiten – ob im Rahmen von Sanierungen, bei der Entstehung von **Neubauten** oder der Vermeidung von Lichtverschmutzung.

Damit Pankow ein lebenswerter Bezirk für alle bleiben kann, ist es notwendig, mehr Räume für die **Beteiligung** an den Prozessen des Umwelt- und Naturschutzes zu schaffen. DIE LINKE. Pankow fordert daher, dass mehr Flächen allen Pankower*innen zugänglich gemacht werden, die im Rahmen des **Urban Gardening**, **Gemeinschaftsgärten** oder der Pflege von Baumscheiben selbst bewirtschaftet und gestaltet werden können.

Verdichtung

Wohnungsneubau inklusive Dachausbau und Aufstockungen in bestehenden Wohnquartieren sind grundsätzlich zu unterstützen. Beides ist unter wohnungs- und stadtwirtschaftlichen Aspekten, aber auch ökologisch und sozial vorteilhaft gegenüber einer Ausdehnung der Siedlungsflächen am Stadtrand. Bislang unbebaute Frei- und **Grünflächen** im Außenbereich weniger zu versiegeln, ist für das **Stadtklima** und die urbane Pflanzen- und Tierwelt von existenzieller Bedeutung. Außerdem erfordert die Ausweitung der Wohnbebauung an den Stadträndern hohe Erschließungsinvestitionen, und sie erzeugt mehr Verkehr. Neue kommunale und preisgünstige Wohnungen werden daher in den Aufwertungsquartieren der inneren Stadt gebraucht.

Eine nachträgliche Verdichtung bestehender Wohnquartiere kann gleichwohl nur behutsam und mit Augenmaß erfolgen. Sie darf nicht zur Beschädigung der Lebens- und Wohnqualität in den bestehenden Wohnanlagen führen. Städtebauliche Konzepte aus der Errichtungszeit sind zu bewahren und - wo möglich - respektvoll fortzuentwickeln. Das gilt insbesondere für die Wohnanlagen „Nachkriegsmoderne“ in der Tradition des Bauhauses. Deren Frei- und Grünanlagen sind oft funktionaler Bestandteil der Wohnanlage und konstituierend für deren Qualitäten.

Die zusätzliche Wohnbebauung muss gute und **gesunde** Wohnverhältnisse für alle sichern und den zukünftigen Anforderungen, die sich aus den Umwelt- und **Klimaveränderungen** ergeben, gerecht werden. Frei- und Grünflächen mit ihren alten Baumbeständen sind zu erhalten und aufzuwerten. Bei einer zwingend erforderlichen baulichen Inanspruchnahme von Grünflächen ist angemessener Ausgleich im Wohngebiet zu schaffen. Eine entsprechend leistungsfähige öffentliche Infrastruktur ist Voraussetzung für eine Verdichtung der Wohnbebauung.

Bei der Planung, Entwicklung und Ausführung der Bauvorhaben ist eine tatsächliche **Mitwirkungsmöglichkeit** der **Mieter*innen** und Anwohner*innen der bestehenden Wohnanlagen zu gewährleisten. Der Partizipationsprozess soll frühzeitig beginnen und ist transparent und ergebnisoffen zu gestalten.

Verwaltung

Ohne eine gut funktionierende, moderne Verwaltung wird ein Bezirk nicht funktionieren. DIE LINKE. Pankow macht auch die Modernisierung der Pankower Verwaltung sowie die Stärkung der bezirklichen Verwaltung gegenüber dem Land zu einem zentralen politischen Handlungsfeld.

In Bezug auf die Stärkung des Bezirks erleben wir Pankower*innen tagtäglich die Folgen der schmerzhaften Einsparungen des vergangenen Jahrzehnts. Das Bezirksamt ist bis heute unzureichend personell ausgestattet. Zugleich wächst das Aufgabenspektrum der Bezirke stetig.

In der jüngeren Vergangenheit fand ein Wandel in der Personalpolitik im öffentlichen Dienst – und damit auch in den Bezirksverwaltungen statt. Doch dieser Prozess ist langwierig, da die jahrelange Politik des Personalabbaus aufgeholt werden muss. Hinzu kommt, dass die Bezahlung im Vergleich zu anderen Berliner Arbeitgeber*innen, die Art der Einarbeitung und auch die Wertschätzung für langjährige Mitarbeiter*innen und nicht zuletzt auch die **Attraktivität** des Arbeitgebers Bezirksamt Pankow insgesamt nicht immer konkurrenzfähig sind. DIE LINKE. Pankow wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Hemmnisse weiter thematisieren und abbauen helfen: Ein gut funktionierendes Bezirksamt muss mit ausreichend Personal ausgestattet sein, das in seiner Qualifikation den Bedürfnissen der Bürger*innen und den Anforderungen an eine moderne Verwaltung nachkommen kann.

Und auch die Qualität der Arbeit des Bezirksamts spielt eine entscheidende Rolle: Wir kämpfen für die kulturelle Öffnung der Verwaltung. Neben entsprechenden Weiter**bildungen** sieht DIE LINKE. Pankow in der bevorzugten Einstellung von Menschen mit Migrationserfahrung einen wichtigen Baustein. Alle Beschäftigte des Pankower Bezirksamts sollten zudem regelmäßig Zugang zu Fort- und Weiterbildungen in den Zukunftsthemen wie **Digitalisierung** und **Nachhaltigkeit**, aber auch zu Demokratiebildung, **Partizipation**, Umgang mit und Prävention von Diskriminierung, **Diversität** und einfache Sprache erhalten und zur Teilnahme angeregt werden.

Gute Arbeit des Bezirksamts bedeutet aus Sicht der Pankower LINKEN zugleich aber auch gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies bedeutet planbare und **familienfreundliche** und **inklusive** Gestaltung der Arbeitsplätze. **Gesundheitsförderung**, Kollaboration und Führungsverantwortung, Wissenstransfer, alterns- und altersgerechtes Arbeiten müssen ermöglicht werden.

Eine Verwaltung muss im 21. Jahrhundert zudem die Chancen der Digitalisierung einbeziehen, mobiles Arbeiten, Telearbeit und vor allem die Schaffung des elektronischen Zugriffs auf Dienstleistungen des Bezirksamts gehören dazu. Alle durch staatliche Akteur*innen erzeugten Daten sind der Öffentlichkeit als Auftraggeber*in und Geldgeber*in im Sinne des Open Data-Paradigmas zugänglich zu machen.

Vielfalt

Wir wollen jegliche Barrieren im Miteinander abbauen und dazu beitragen, die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben in vollem Umfang zu ermöglichen. **Inklusion** ist für uns ein wesentliches Prinzip der Wertschätzung und Anerkennung von Diversität und Vielfalt. Unterschiede zeichnen uns aus und sind kein Makel.

DIE LINKE. Pankow setzt sich deshalb dafür ein, in unserer Gesellschaft und der **Verwaltung** auf Landes- und Bezirksebene die notwendigen Strukturen zu schaffen, damit sich alle Einwohner*innen auf ihre Art einbringen können.

In Pankow leben Menschen aus über 140 verschiedenen Herkunftsstaaten und die Vielfalt macht die Attraktivität und Lebensqualität im Bezirk aus. Besonders im zentrumsnahen Bereich erlebt man internationales Flair und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und **sexueller Orientierungen**, verschiedener Kulturen oder Herkunft. Doch auch in Pankows Norden und an der Stadtgrenze ist das gesellschaftliche Leben vielfältiger und bunter, als es auf den ersten Blick erscheint. Das wollen wir erhalten und weiter fördern.

DIE LINKE. Pankow tritt für die freie Entfaltung aller Menschen ein. Akzeptanz, Respekt und Achtung der Menschenwürde sind unsere Grundprinzipien des Umgangs miteinander. Wir wollen, dass Pankow ein Bezirk ist, in dem rechtliche und soziale **Gleichheit**, **kulturelle Vielfalt** und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Grundlagen des Zusammenlebens sind. Für uns ist Integration ein wechselseitiges Miteinander und nicht die Unterordnung unter Bestehendes. Die Freiheit, unterschiedlichen Lebensentwürfen und Wertvorstellungen zu folgen, genießt unseren Schutz. Wir verurteilen deshalb jegliche **Hetze** gegen Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge. Wir setzen uns für umfassende Maßnahmen gegen Diskriminierungen ein und für die Stärkung der Projekte, die sich gegen Intoleranz und Benachteiligung engagieren.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine wertschätzende Willkommenskultur ein. Der „Ball der Vielfalt“ für alle eingebürgerten Pankower*innen ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und Einbindung und sollte verstetigt werden. Das Einbürgerungsverfahren sollte weiter vereinfacht und entbürokratisiert werden.

Die menschenwürdige Unterbringung sowie der gerechte Zugang zu **Bildung**, **Gesundheit**, Kultur und **Arbeitsmarkt** für die in Pankow lebenden Zugewanderten und Flüchtlinge sind für uns unabdingbar.

Wir sehen Mehrsprachigkeit als Gewinn für die Gesellschaft an und setzen uns für die Förderung einer mehrsprachigen Gesellschaft und Verwaltung ein. DIE LINKE. Pankow fordert deshalb, den Anteil mehrsprachiger Mitarbeiter*innen in den Behörden und Einrichtungen des Bezirks zu erhöhen und mehrsprachige Angebote auszubauen.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und weiteren Ausbau von Projekten ein, die eine Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund befördern. Wir unterstützen eine aktive und selbstbewusste **Beteiligung** von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in Pankow.

Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit ist sichtbarer geworden. Die Anzahl derjenigen Menschen, die mangels eigenen Wohnraums untergebracht werden, ist weiterhin enorm hoch. Darunter befinden sich auch immer öfter Familien. Übergriffe, insbesondere auf wohnungslose Frauen, bilden keine Seltenheit. Viele Menschen schauen immer noch weg. Andere Pankower*innen werden aktiv und zeigen sich solidarisch. Viele Bürger*innen spenden an Wohnungsloseneinrichtungen, helfen ehrenamtlich in Tagesstätten mit oder rufen den Kältebus, damit Menschen nicht erfrieren müssen. Dafür gilt ihnen unser herzlichster Dank.

Mit den Strategiekonferenzen und den im Senat von Berlin verabschiedeten Leitlinien der Wohnungslosenpolitik ist der Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den politischen Fokus gerückt. In der Nacht der Solidarität waren auch in Pankow viele Bürger*innen unterwegs, um die Anzahl obdachloser Menschen zu ermitteln, damit Unterstützungsangebote besser den Bedürfnissen der betroffenen Menschen entsprechen.

DIE LINKE. Pankow ist in den vergangenen Jahren dafür eingetreten, diese Leitlinien der Wohnungslosenpolitik auch praktisch umzusetzen. Wir brauchen mehr aufsuchende Straßensozialarbeit (Street Worker), die Vertrauen aufbaut, mehrsprachig ist und Angebote für Hilfe unterbreitet. Mehr geschützte Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen und Kinder, einen niedrigschwelligen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Hygieneangeboten, mehr Wohnheim- und Kältehilfeplätze, die für wohnungslose Menschen unabhängig von der Herkunft und barrierefrei zugänglich sind, werden dringend benötigt. Alle Unterkünfte für wohnungslose und geflüchtete Menschen müssen mit WLAN ausgestattet sein. Ganzjährige Unterbringungsangebote für wohnungslose Menschen, die auch tagsüber geöffnet sind, müssen ausreichend vorhanden sein. Eine dauerhafte und bedarfsgerechte Finanzierung dafür muss sichergestellt werden.

DIE LINKE. Pankow steht für den Erhalt und den Ausbau aller Unterstützungsangebote, die den sozialen Zusammenhalt und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Pankower*innen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle im Bezirk muss daher ausgebaut werden. Dort sollen Menschen nicht nur bei ihren Wohnproblemen Unterstützung finden, sondern auch bei anderen Bedarfslagen, wie bspw. Schulden, die oft der Grund für den Verlust der Wohnung sind.